

# Neuere Rechtsprechung des EuGH in den Bereichen des institutionellen Rechts und der Grundfreiheiten

*Astrid Epiney, Freiburg i.Ue.*

**Dieser Beitrag wurde erstmals wie folgt veröffentlicht:**

***Astrid Epiney, Neuere Rechtsprechung des EuGH in den Bereichen des institutionellen Rechts und der Grundfreiheiten, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 1999, S. 1072-1079. Es ist möglich, dass die Druckversion – die allein zitierfähig ist – im Verhältnis zu diesem Manuskript geringfügige Modifikationen enthält.***

Der vorliegende Beitrag will einen Überblick über wichtige grundsätzliche Entscheidungen des EuGH und damit auch die Entwicklungen des Rechts in der Europäischen Union geben. Er behandelt schwerpunktmäßig den Zeitraum von April 1998 bis Juni 1999. Thematisch erfolgt eine Beschränkung auf institutionelle Aspekte (unter Einschluß der gemeinschaftlichen Rechtsordnung) und das allgemeine Diskriminierungsverbot sowie die Grundfreiheiten. Der Akzent liegt auf der Zusammenfassung der neueren Entwicklungen und ggf. einer kurzen Kommentierung, während auf ausführliche bibliographische Hinweise verzichtet wird.

Da der zweite EU-Vertrag von Amsterdam am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, werden die Verträge nach ihrer neuen Numerierung zitiert, wobei in Klammer aber jeweils die "alte" Nummer angegeben wird. Soweit "alte" Bestimmungen weggefallen sind oder gerade diese in einem bestimmten Fall relevant sind, werden sie als solche mit a.F. (alte Fassung) gekennzeichnet.

## I. Institutionen, Rechtsordnung und Rechtsschutz

### *1. Wahl der Rechtsgrundlage*

Nach dem Prinzip der "begrenzten Einzelermächtigung" (Art. 5 Abs. 1 EGV, Art. 3b EGV a.F.) kann die Gemeinschaft nur tätig werden, wenn der Vertrag entsprechende Befugnisse vorsieht. Allerdings kommt es häufig vor, daß ein bestimmter Rechtsakt den materiellen Anwendungsbereich mehrerer Rechtsgrundlagen berührt, so daß sich die Frage ihrer Abgrenzung untereinander stellt. Dies ist insbesondere in den Fällen von praktischer Relevanz, in denen die verschiedenen in Betracht kommenden Rechtsgrundlagen unterschiedliche Entscheidungsverfahren vorsehen, können diese doch Auswirkungen auf das Ergebnis entfalten. Im Berichtszeitraum wurde diese Frage der Rechtsgrundlage in verschiedenen Urteilen des Gerichtshofs relevant:

In der Rs. C-22/96<sup>1</sup> ging es darum, daß der Rat für den Erlaß des Beschlusses 95/468

<sup>1</sup> EuGH, Rs. C-22/96, Urteil vom 28.5.1998, *Parlament/Rat*, Slg. 1998, I-3231. S. darüber hinaus EuGH, Rs. C-164/97, 165/97, Urteil vom 25.2.1999, *Parlament/Rat*, noch nicht veröffentlicht; hier ging es um die Frage der Abgrenzung des Anwendungsbereichs der Art. 37, 175 EGV (Art. 43, 130s EGV a.F.). Der Gerichtshof betonte die "Gleichberechtigung" beider Verfahren und stellte fest, daß im konkreten Fall Art. 175 EGV (130s EGV a.F.) hätte herangezogen werden müssen. In EuGH, Rs. C-42/97, Urteil vom 23.2.1999, *Parlament/Rat*, noch nicht veröffentlicht, stand das Verhältnis von Art. 130 EGV (Industriepolitik) und Art. 128 EGV (Kulturpolitik) zur Debatte. Im Ergebnis erachtete der Gerichtshof die vom Rat vorgenommene Heranziehung des Art. 130 EGV angesichts des objektiv erkennbaren Schwerpunktes der streitigen Richtlinie für zutreffend; allerdings sind einige Formulierungen des EuGH hier zumindest mißverständlich, könnten sie doch darauf hindeuten, daß auch eine gleichzeitige

betreffend den Gemeinschaftsbeitrag für den Informationsverbund für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen in der Gemeinschaft (IDA)<sup>2</sup> Art. 308 EGV (Art. 235 EGV a.F.) herangezogen hatte, während das Parlament Art. 156 EGV (Art. 129d EGV a.F.) (transeuropäische Netze) für einschlägig hielt. Das Parlament obsiegte in dem Streit vor dem EuGH: Die Voraussetzungen des Art. 155 Abs. 1 EGV (Art. 129c EGV a.F.)<sup>3</sup> seien nämlich erfüllt gewesen: Der Rat habe in dem fraglichen Beschluß auch Leitlinien - wie in Art. 155 Abs. 1 1. Spiegelstrich EGV (Art. 129c EGV a.F.) vorgesehen - aufgestellt; zudem ginge es um die Interoperabilität der Netze und die finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten (Art. 155 Abs. 1, 2., 3. Spiegelstrich EGV, Art. 129c EGV a.F.). Ohne Bedeutung sei es jedenfalls, daß diese verschiedenen Befugnisse und Vorgehensschritte letztlich in demselben Beschluß wahrgenommen worden sind. Damit hätte der Rat den Beschluß nicht auf den nur subsidiär zur Anwendung kommenden Art. 308 EGV stützen dürfen, enthalte doch Art. 156 EGV (Art. 129d EGV a.F.) die erforderlichen Befugnisse. Dieser Ansatz des EuGH erscheint zwingend: Es liefe auf einen puren Formalismus hinaus zu verlangen, daß die in Art. 155 Abs. 1 EGV (Art. 129c EGV a.F.) tatsächlich vorgesehenen Etappen in verschiedenen Rechtsakten verwirklicht werden.

Die Wahl der Rechtsgrundlage war ebenfalls Gegenstand der Rs. C-106/96<sup>4</sup>: Hier ging es um die Rechtmäßigkeit von durch die Kommission beschlossenen Zuschüssen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung; die entsprechenden Mittel waren allerdings nur im Haushalt ausgewiesen, nicht hingegen vom Gesetzgeber beschlossen worden. Der EuGH hatte sich daher mit dem Verhältnis der Mittelausweisung im Haushalt und entsprechenden Ausgabebeschlüssen auseinanderzusetzen: Die Vornahme von Gemeinschaftsausgaben für alle "bedeutenden Gemeinschaftsaktionen" setze neben der Ausweisung der entsprechenden Mittel im Haushaltsplan der Gemeinschaft den vorherigen Erlaß eines "Basisrechtsakts" zur Bewilligung der Ausgaben voraus; letzterer fiele in die Zuständigkeit des Gemeinschaftsgesetzgebers, während die Ausführung des Haushaltsplans der Kommission obliege<sup>5</sup>. Diese Systematik dürfte zwingend sein: Da sich nämlich das Verfahren zur Annahme des Gemeinschaftshaushalts erheblich von dem "normalen" Gesetzgebungsverfahren unterscheidet und zudem nicht nach Sachmaterien differenziert ist, könnte der Verzicht auf einen "Basisrechtsakt" letztlich zur Umgehung der vorgesehenen Rechtsetzungsverfahren führen, könnten doch über das Haushaltsrecht "vollendete Tatsachen" geschaffen und damit über die "Hintertür" Gemeinschaftsaktionen lanciert werden.

---

Heranziehung beider Rechtsgrundlagen möglich gewesen wäre, dies obwohl die Verfahren in beiden Vorschriften differieren. Zum Problemkreis *Astrid Epiney*, Umweltrecht in der Europäischen Union, 1997, 62 ff.

<sup>2</sup> ABl. 1995 L 269, 23.

<sup>3</sup> Diese Bestimmungen sind (mit-) ausschlaggebend für den Anwendungsbereich der Rechtsgrundlage des Art. 156 EGV (129d EGV a.F.).

<sup>4</sup> EuGH, Rs. C-106/96, Urteil vom 12.5.1998, *Vereinigtes Königreich/Kommission*, Slg. 1998, I-2729.

<sup>5</sup> Bei der von der Kommission finanzierten Aktion handle es sich um eine bedeutende Aktion, würden doch genau solche Aktionen erfaßt, die in einem vom Rat letztlich (noch?) nicht verabschiedeten Aktionsprogramm enthalten waren.

Eine besondere Fragestellung in bezug auf die Problematik der Wahl der Rechtsgrundlage wurde in der Rs. C-170/96<sup>6</sup> berührt: Der Rat hatte auf der Grundlage des Art. K.3 Abs. 2 EUV a.F. eine Gemeinsame Maßnahme betreffend den Transit auf Flughäfen<sup>7</sup> erlassen. Diese Maßnahme bezweckt die Harmonisierung der Politik der Mitgliedstaaten im Bereich der Visumspflicht für den Transit auf Flughäfen, um die Kontrolle des Luftwegs zu verbessern; dieser wird häufig zur Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, namentlich im Hinblick auf einen illegalen Aufenthalt, benutzt. Im einzelnen werden die für die Ausstellung der Visa zuständigen Stellen benannt, die wesentlichen Bedingungen für die Ausstellung eines Visums festgelegt und die Mitgliedstaaten verpflichtet, für Staatsangehörige bestimmter Staaten (die im Anhang aufgeführt sind) jedenfalls ein Visum zu verlangen. Die Kommission war nun der Ansicht, diese Maßnahme hätte auf Art. 100c EGV a.F. gestützt werden müssen und erhob Nichtigkeitsklage. Der Fall wirft sowohl prozeßrechtliche als auch materiellrechtliche Probleme auf:

- In prozessualer Hinsicht fragt es sich zunächst, ob der EuGH überhaupt zuständig ist: Denn die angegriffene Maßnahme war auf der Grundlage von Art. K.3 Abs. 2 EUV a.F. - also der "Dritten Säule" (Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres) angenommen worden. Nach Art. L EUV a.F. war die Zuständigkeit des Gerichtshofs im Bereich der Dritten Säule aber nicht gegeben<sup>8</sup>.

Der EuGH bejahte seine Zuständigkeit jedoch gleichwohl: Denn es ginge ja gerade darum, daß der Rechtsakt ggf. auf Art. 100c EGV a.F. hätte gestützt werden müssen; im Rahmen des EG-Vertrages sei die Zuständigkeit des Gerichtshofs aber gegeben. Im übrigen bestimme Art. M EUV a.F., daß der EU-Vertrag die EG-Verträge unberührt lasse; die Beachtung dieser Bestimmung unterliege aber der Jurisdiktion des EuGH. Damit sei der EuGH zuständig, um zu prüfen, ob der angegriffene Rechtsakt auf Art. 100c EGV a.F. hätte gestützt werden müssen, und ihn im Falle der Bejahung dieser Frage für nichtig zu erklären.

Die Konsequenzen dieses Ansatzes dürften kaum zu überschätzen sein: Er führt nämlich dazu, daß der EuGH potentiell fast alle auf der Grundlage des Dritten Pfeilers (und im übrigen auch des Zweiten Pfeilers, dessen Bedeutung allerdings in diesem Zusammenhang weniger groß sein dürfte) ergangenen Beschlüsse auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen könnte, dürfte es doch sehr häufig möglich sein, daß (auch) eine Rechtsgrundlage des EG-Vertrages einschlägig sein könnte. Auf diese Weise kann denn auch sichergestellt werden, daß der institutionelle und rechtliche Rahmen der Ersten Säule nicht durch einen Rückgriff auf die Dritte Säule umgangen wird; dies dürfte denn auch Sinn und Zweck des Art. M EUV a.F. sein, so daß der Ansatz des EuGH im Ergebnis sowohl den vertraglichen Vorgaben entspricht als auch

---

<sup>6</sup> EuGH, Rs. C-170/96, Urteil vom 12.5.1998, *Kommission/Rat*, Slg. 1998, I-2763.

<sup>7</sup> 96/197/JI, ABl. 1996 L 63, 8.

<sup>8</sup> Allerdings wurden im Amsterdamer Vertrag dem Gerichtshof im Rahmen der "Dritten Säule" einige Zuständigkeiten eingeräumt, vgl. Art. 35 EUV.

einen Beitrag zur Stärkung der rechtsstaatlichen Grundsätze der Union leistet. Die vom Gerichtshof angestellten Überlegungen dürften auch nach Inkrafttreten des zweiten EU-Vertrages von Amsterdam im Grundsatz relevant bleiben, stellt sich doch auch auf dieser Grundlage im Gefolge der beschränkten Zuständigkeit des Gerichtshofs (vgl. Art. 35 EUV) die Frage nach der Reichweite der gerichtlichen Kontrolle in paralleler Form.

- Der Gerichtshof verneinte aber dann in der Begründetheit die Einschlägigkeit des Art. 100c EGV a.F. für den streitigen Beschluß: Art. 100c EGV a.F. beziehe sich nur auf die Einreise in die Mitgliedstaaten; beim Transit auf den Flughäfen aber sei es den jeweiligen Personen gerade nicht gestattet einzureisen.

Die Verneinung der Einschlägigkeit des Art. 100c EGV a.F. führte denn auch dazu, daß sich der EuGH nicht mit der Frage auseinanderzusetzen hatte, ob der Rat verpflichtet ist, in den Fällen, in denen eine Rechtsgrundlage in der Ersten Säule einschlägig ist, in jedem Fall diese heranzuziehen, so daß die Dritte Säule (und damit wohl auch die Zweite Säule) letztlich im Verhältnis zur Ersten Säule subsidiär ist. Im Ergebnis dürfte diese Frage zu bejahen sein - worauf auch die Ausführungen des EuGH in bezug auf die Zulässigkeit hindeuten: Nach Art. M EUV a.F. soll die Erste Säule in jedem Fall "unberührt" bleiben; berührt werden aber die institutionellen und rechtlichen Garantien der Ersten Säule immer dann, wenn sie trotz ihrer grundsätzlichen Einschlägigkeit nicht herangezogen wird; insofern bedeutete ein unnötiger Rückgriff auf die Dritte Säule eine Umgehung der verfassungsmäßigen Garantien der Ersten Säule, so daß die Zweite und Dritte Säule nur subsidiär herangezogen werden können, nämlich immer nur dann, wenn die Kompetenzen der Ersten Säule nicht ausreichen.

## 2. Prüfung des Sekundärrechts am Maßstab des Primärrechts

Schon aus Gründen der Normenhierarchie muß sich der Gemeinschaftsgesetzgeber bei der sekundärrechtlichen Gesetzgebung an die vertraglichen Vorgaben halten<sup>9</sup>; zudem sind bei Rechtsakten, die die Organe aufgrund einer im Sekundärrecht enthaltenen Delegation erlassen können, die entsprechenden Vorgaben des einschlägigen sekundärrechtlichen Aktes zu beachten. Diese Anforderungen können auch gerichtlich nachgeprüft werden, wobei insbesondere die Nichtigkeitsklage (Art. 230 EGV, Art. 173 EGV a.F.) und das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 234 EGV, Art. 177 EGV a.F.) im Vordergrund stehen<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Vgl. aus dem Berichtszeitraum auch EuGH, Rs. C-166/98, Urteil vom 17.6.1999, *Société critouridienne de distribution (Socridis)/Receveur principal de douanes*, noch nicht veröffentlicht; in diesem Urteil ging es um die Vereinbarkeit gemeinschaftlicher Richtlinien mit Art. 90 EGV (Art. 95 EGV a.F.).

<sup>10</sup> S. in bezug auf die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des gemeinschaftlichen Sekundärrechts am Maßstab des Primärrechts abgesehen von den im Text erwähnten Urteilen auch EuGH, Rs. C-180/96, Urteil vom 5.5.1998, *Vereinigtes Königreich/Kommission*, Slg. 1998, I-2265; EuGH, Rs. C-157/996, Urteil vom 5.5.1998, *The Queen/Ministry of Agriculture, Fisheries and Food*, Slg. 1998, I-2211. Bei beiden Entscheidungen ging es um die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidung über das Exportverbot von Rindfleisch aus Großbritannien zum Schutz gegen BSE; in bezug auf die Auslegung der Beitrittsakte

In den Rs. C-289/96, C-293/96, C-299/96<sup>11</sup> hatte sich der EuGH mit der Rechtmäßigkeit der Verordnung 1107/96 der Kommission über die Eintragung geographischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen<sup>12</sup> zu befassen. Streitig war die in der Verordnung erfolgte Eintragung von "Feta" als Ursprungsbezeichnung. Die klagenden Staaten waren der Ansicht, bei dieser Bezeichnung handelte es sich um eine Gattungsbezeichnung; bei solchen aber darf nach der Grundverordnung keine Eintragung als Ursprungsbezeichnung - die eben spezifisch den geographischen Ursprung einer Ware erkennen lassen soll, während sich die Gattungsbezeichnung auf die Art der Ware bezieht - erfolgen. Der Gerichtshof erklärte die Entscheidung der Kommission für nichtig, dies mit der Begründung, bei der Klärung der Frage, ob eine Gattungsbezeichnung vorliege oder nicht, seien nicht alle relevanten Umstände hinreichend in die Betrachtungen einbezogen worden; vielmehr habe die Kommission hauptsächlich die in Griechenland herrschende Verkehrsauffassung berücksichtigt, diejenigen in den anderen Mitgliedstaaten jedoch allenfalls am Rande beachtet. Dieses Urteil stellt einen der abgesehen von Wettbewerbsstreitigkeiten eher seltenen Fälle dar, in denen ein gemeinschaftlicher Rechtsakt letztlich wegen der fehlerhaften Tatsachenermittlung und Ermessensausübung für nichtig erklärt wird.

### 3. Rechtsschutz

Die Nichtigkeitsklage<sup>13</sup> gegen gemeinschaftliches Sekundärrecht steht für Einzelne nur unter der Voraussetzung ihrer individuellen und unmittelbaren Betroffenheit offen (Art. 230 Abs. 4 EGV, Art. 173 EGV a.F.). Die Anwendung dieser Kriterien wirft immer wieder Fragen auf. Jüngstes wichtiges Beispiel<sup>14</sup> sind eine Reihe von Rechtsmittelverfahren mit ähnlichen Problemstellungen; es ging jeweils um die Klage Privater gegen Entscheidungen der Kommission, Darlehensverträge im Zusammenhang mit der Nothilfe der Gemeinschaft für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion nicht zu genehmigen oder die erfolgte Genehmigung zu modifizieren<sup>15</sup>. Infolgedessen wurden einige Darlehen nicht oder in einem weniger großen

---

Großbritanniens EuGH, Rs. C-171/96, Urteil vom 16.7.1998, *Rui Alberto Pereira Roque/His Excellency the Lieutenant Governor of Jersey*, Slg. 1998, I-4607.

<sup>11</sup> EuGH, Rs. C-289/96, C-293/96, C-299/96, Urteil vom 16.3.1999, *Dänemark, Deutschland, Frankreich/Kommission*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>12</sup> ABl. 1996 L 148, 1.

<sup>13</sup> Vgl. zum Rechtsschutz auch EuGH, Rs. C-422/98, Urteil vom 2.3.1999, *Colonia Versicherung/Belgien*, noch nicht veröffentlicht, in dem der EuGH seine Rechtsprechung bestätigte, daß ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 234 EGV (Art. 177 EGV a.F.) nur unter der Voraussetzung der Schilderung des Hintergrundes des Ausgangssachverhaltes zulässig sei; EuGH, Rs. C-103/97, Urteil vom 4.2.1999, *Köllensperger, Atzwanger/Gemeindeverband Bezirkskrankenhaus Schwaz*, noch nicht veröffentlicht (Begriff des Gerichts im Sinn des Art. 234 EGV, Art. 177 EGV a.F.).

<sup>14</sup> S. darüber hinaus auch EuGH, Rs. C-70/97 P, Urteil vom 17.11.1998, noch nicht veröffentlicht (Klage eines Konkurrenten gegen eine Entscheidung der Kommission, auf ein bestimmtes Vertriebsnetz Art. 81 Abs. 1 EGV, Art. 85 EGV a.F., nicht anzuwenden, vgl. Art. 81 Abs. 3 EGV, Art. 85 EGV a.F.).

<sup>15</sup> Vgl. EuGH, Rs. C-404/96 P, Urteil vom 5.5.1998, *Glencore Grain Ltd/Kommission*, Slg. 1998, I-2435; EuGH, Rs. C-391/96 P, Urteil vom 5.5.1998, *Compagnie Continentale/Kommission*, Slg. 1998, I-2377;



Ausmaß gewährt, so daß mit Dritten bereits abgeschlossene Verträge oder Aufträge nicht erfüllt werden konnten. Diese Dritten griffen nun die Kommissionsentscheidungen an. Fraglich war jeweils die unmittelbare Betroffenheit, während die individuelle Betroffenheit bejaht wurde. Der EuGH bejahte - im Gegensatz zum EuGEI - die unmittelbare Betroffenheit: Diese liege immer dann vor, wenn die beanstandete Maßnahme sich auf die Rechtsstellung des Klägers unmittelbar auswirke und ihren Adressaten, die mit ihrer Durchführung betraut sind, keinerlei Ermessensspielraum einräume, ihr Erlaß vielmehr "automatisch" erfolge und sich allein aus der Gemeinschaftsregelung ergäbe, ohne daß weitere Durchführungsvorschriften angewandt würden. Diese Voraussetzungen seien aber bei den vorliegenden Fallgestaltungen erfüllt gewesen, denn die Verträge hätten allgemein unter der aufschiebenden Bedingung gestanden, daß die Kommission eine Zahlungszusage abgeben würde. Daher habe die Entscheidung der Kommission den Rechtsmittelführern letztlich jede tatsächliche Möglichkeit genommen, den erteilten Auftrag auszuführen.

Dieses Ergebnis dürfte im Sinne der tatsächlichen Wirkungen der Kommissionsentscheidung und der Gewährung effektiven Rechtsschutzes zwingend sein. Auffallend ist allerdings, daß die vom EuGH in diesen Fällen offenbar für ausreichend und ausschlaggebend erachtete tatsächliche Wirkung der Kommissionsentscheidung in anderen Fallgestaltungen - so bei der Frage, ob Einzelne (Anwohner) gegen die Zusprennung von Geldern aus dem Strukturfonds für den Bau von Elektrizitätswerken vorgehen können<sup>16</sup> - unberücksichtigt bleibt<sup>17</sup>. Es drängt sich daher der Eindruck auf, daß die Auslegung des Art. 230 Abs. 4 EGV (Art. 173 EGV a.F.) durch den EuGH eben auf die Wahrnehmung rein egoistischer Interessen ausgerichtet ist und die Spezifitäten von Allgemeinwohlinteressen - bei denen es durchaus auch Personen gibt, die in besonderer Weise betroffen sind, ganz abgesehen von der häufig entscheidenden Rolle, die Gemeinschaftsfinanzierungen spielen - außer acht läßt.

#### 4. Unmittelbare Wirkung von Richtlinien

Obwohl sich gemeinschaftliche Richtlinien grundsätzlich (nur) an die Mitgliedstaaten richten und sie damit erst aufgrund des nationalen Umsetzungsaktes in den Mitgliedstaaten rechtliche Wirkungen entfalten, nimmt der EuGH in ständiger Rechtsprechung, die sich im übrigen auch immer mehr weiterentwickelt und präzisiert hat, an, daß Richtlinienbestimmungen im Falle ihrer Unbedingtheit und ihrer hinreichenden inhaltlichen Bestimmtheit auch unmittelbar zur

---

EuGH, Rs. C-403/96 P, Urteil vom 5.5.1998, *Glencore Grain Ltd/Kommission*, Slg. 1998, I-2405; EuGH, Rs. C-386/96 P, Urteil vom 5.5.1998, *Société Louis Dreyfus & Cie./Kommission*, Slg. 1998, I-2309.

<sup>16</sup> Vgl. EuGH, Rs. C-321/95 P, Urteil vom 2.4.1998, *Stichting Greenpeace Council u.a./Kommission*, Slg. 1998, I-1651.

<sup>17</sup> Wobei hier auch und gerade die individuelle Betroffenheit problematisch war. Vgl. zum Problemkreis *Bernhard W. Wegener*, *Gemeinwohl und Gemeinschaftsgerichtsbarkeit. Überlegungen zur gerichtlichen Verteidigung von Gemeininteressen im ius commune*, ZEuS 1998, 183 ff.

Anwendung kommen können<sup>18</sup>.

Insbesondere können Einzelne sich gegenüber dem Staat unter den genannten Voraussetzungen auf Richtlinienbestimmungen berufen, grundsätzlich allerdings erst nach Ablauf der Umsetzungsfrist. In Verbindung mit einschlägigen nationalen Vorschriften können aber Richtlinienbestimmungen selbst vor Ablauf der Umsetzungsfrist Wirkungen entfalten. Ein anschauliches Beispiel bildet hier der der Rs. C-230/94<sup>19</sup> zugrundeliegende Sachverhalt: In concreto ging es um die Verletzung des belgischen Gebots, ausländische Fahrausweise innert eines Jahres umzutauschen; ein Verstoß gegen diese Bestimmung ist in bezug auf die Sanktionen dem Fahren ohne Fahrerlaubnis gleichgestellt. Die Richtlinie 91/439<sup>20</sup> sieht aber nur die Möglichkeit einer fakultativen Umtauschpflicht für im EG-Ausland erworbene Führerscheine vor. Dem Angeklagten des Ausgangsprozesses wurde nun nach dem Erlass der Richtlinie, aber vor Ablauf der Umsetzungsfrist, eine Verletzung der (immer noch) im belgischen Recht enthaltenen Umtauschpflicht vorgeworfen. Da nun aber das einschlägige nationale Straf(prozeß-)recht einen Grundsatz der Rückwirkung des günstigeren Strafgesetzes vorsieht, könne sich der Angeklagte auf die günstigeren Richtlinienbestimmungen berufen mit der Folge, daß der (nationale) Grundsatz der Rückwirkung des günstigeren Strafgesetzes Anwendung finden kann. M.a.W. beruht die unmittelbare Wirkung der Richtlinienbestimmung vor Ablauf der Umsetzungsfrist nicht auf gemeinschaftsrechtlichen Grundsätzen, sondern ist die Konsequenz der Anwendung nationaler Bestimmungen; das Gemeinschaftsrecht steht einer derartigen "Vorwirkung" der Richtlinien aber jedenfalls nicht entgegen<sup>21</sup>.

Ein anderer Aspekt der unmittelbaren Wirkung war Gegenstand der Rs. C-226/97<sup>22</sup>: Dem Angeklagten des Ausgangsverfahrens wurde Fahren unter Alkoholeinfluß vorgeworfen; die niederländische Regelung über die Anerkennung von offiziell anerkannten Alkoholmetern war der Kommission jedoch nicht - wie es die RL 83/189<sup>23</sup> vorsieht - notifiziert worden. Aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht stünde die Verletzung dieser Verpflichtung jedoch nach Ansicht des EuGH der Verwertbarkeit der aufgrund dieser Alkoholmeter gewonnenen Ergebnisse in dem anhängigen Strafverfahren nicht entgegen. Denn die Vorschriften, die

---

<sup>18</sup> S. zusammenfassend m.w.N. und unter Berücksichtigung der neueren Entwicklungen *Astrid Epiney*, Unmittelbare Anwendbarkeit und objektive Wirkung von Richtlinien, DVBl. 1996, 409 ff.

<sup>19</sup> EuGH, Rs. C-230/94, Urteil vom 29.10.1998, *Strafverfahren gegen Ibiyinka Awoyemi*, EuZW 1999, S. 52. Zur unmittelbaren Wirkung von Richtlinien aus dem Berichtszeitraum darüber hinaus EuGH, Rs. C-131/97, Urteil vom 25.2.1999, *Annalisa Carbonari u.a./Università degli Studi di Bologna u.a.*, noch nicht veröffentlicht; EuGH, Rs. C-258/97, Urteil vom 4.3.1999, *Hospital Ingenieurs Krankenhaustechnik Planungs-Gesellschaft/Landeskrankenanstalten Betriebsgesellschaft*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>20</sup> ABl. 1991 L 237, 1.

<sup>21</sup> Hinzuweisen ist noch auf eine weitere, den persönlichen Anwendungsbereich der Freizügigkeit betreffende Erwägung des Gerichtshofs: Die im Vertrag garantierte Freizügigkeit sei nur auf EG-Staatsangehörige anwendbar, so daß sich der Angeklagte des Ausgangsstreites, ein Nigerianer, nicht auf das grundsätzliche Verbot unverhältnismäßiger Strafbewehrungen im Falle der Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Rechts auf Führen eines Kraftfahrzeuges berufen könne, beruhe dieses Verbot doch auf dem Anliegen der tatsächlichen Verwirklichung der Freizügigkeit.

<sup>22</sup> EuGH, Rs. C-226/97, Urteil vom 16.6.1998, *Strafverfahren gegen Lemmens*, Slg. 1998, I-3711.

<sup>23</sup> ABl. 1983 L 109, 8.

einen Fahrer verpflichten, in ein Gerät zur Messung des Alkoholgehalts zu blasen, seien von denjenigen über die Mitteilung an die Kommission zu unterscheiden. Im übrigen ziehe eine Verletzung der Mitteilungspflicht in einem solchen Fall nicht die Gefahr nach sich, daß der Handel zwischen den Mitgliedstaaten hätte beschränkt werden können. Das Urteil ist im Zusammenhang mit dem Urteil des EuGH in der Rs. C-194/94<sup>24</sup> zu sehen: Hier hatte der Gerichtshof grundsätzlich die Möglichkeit der Einzelnen, sich auf die entsprechenden Richtlinienbestimmungen zu berufen, bejaht. Umso merkwürdiger mutet das vorliegende Urteil an<sup>25</sup>: Jedenfalls der *effet utile* hätte auch hier für eine unmittelbare Wirkung gesprochen, zumal eine Verwertbarkeit der Tests als Beweismittel durchaus eine Marktabstottung fördern kann. Zudem bedeutete die Verweigerung der unmittelbaren Wirkung in diesem Zusammenhang letztlich, daß ein Mitgliedstaat seine Bürger im Gefolge der Nichtumsetzung oder Nichtbeachtung von Richtlinienbestimmungen belasten kann; gerade dies wollte der EuGH in seiner bisherigen Rechtsprechung doch immer vermeiden. Entscheidend muß daher eine andere Erwägung - die möglicherweise auch für das Urteil des Gerichtshofs ausschlaggebend war - sein: Es ging im Ausgangsrechtsstreit weder mittelbar noch unmittelbar um den freien Warenverkehr, so daß dem Einzelnen aus der Richtlinie keine Rechte erwachsen können. Diese Erwägung dürfte aber durchaus sinnvoll sein, würde doch sonst der Anspruch der Einzelnen auf Anwendung des Gemeinschaftsrechts letztlich zu einem objektiven Normvollziehungsanspruch; dies aber dürfte selbst mit der dem Gemeinschaftsrecht zugrundeliegenden weiten Auslegung der Rechte bzw. Interessen Einzelner nicht mehr vereinbar sein.

Schließlich stellte der EuGH in der Rs. C-319/97<sup>26</sup> klar, daß auch eine auf Art. 95 Abs. 1 EGV (Art. 100a EGV a.F.) gestützte Richtlinie grundsätzlich unmittelbare Wirkung entfalten könne, sei hierfür doch allein die inhaltliche Ausgestaltung der Richtlinie maßgebend, nicht hingegen die Rechtsgrundlage, auch wenn letztere den Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen eine Abweichung gestattet. Die unmittelbare Wirksamkeit müsse im übrigen auch dann zur Geltung kommen, wenn ein Mitgliedstaat eine solche Abweichung beantragt hat, die Kommission jedoch innert nützlicher Frist nicht tätig geworden ist<sup>27</sup>, denn eine solche Verletzung ihrer Pflichten durch die Kommission könne jedenfalls der vollen Anwendung des Gemeinschaftsrechts nicht entgegenstehen. Dieses Urteil ist offensichtlich ganz im Sinne des "effet utile" zu sehen, wobei immerhin anzumerken bleibt, daß der gewählte Ansatz im Ergebnis dazu führen kann, daß es den Mitgliedstaaten verwehrt wird, gewisse Rechtsgüter effektiv zu schützen, nur weil die Kommission ihrerseits nicht handelt.

---

<sup>24</sup> EuGH, Rs. C-194/94, Urteil vom 30.4.1996, *CIA Scurity International SA/Signalson SA*, Slg. 1996, I-2201.

<sup>25</sup> Vgl. auch die Bemerkungen von *Roland Abele*, Anmerkung, EuZW 1998, 571 f.

<sup>26</sup> EuGH, Rs. C-319/97, Urteil vom 1.6.1999, *Strafverfahren gegen Antoine Kortas*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>27</sup> Durch den Amsterdamer Vertrag, der auf den vorliegenden Sachverhalt noch nicht anwendbar war, wird das Problem aber dadurch entschärft, daß der Kommission hier Fristen gesetzt werden. Vgl. im einzelnen Art. 95 Abs. 4-9 EGV.



## 5. Stellung des Völkerrechts

Von der Gemeinschaft abgeschlossene völkerrechtliche Verträge sind integrierter Bestandteil des in der Gemeinschaft geltenden Rechts<sup>28</sup>; aber auch das übrige Völkerrecht (insbesondere das Völkergewohnheitsrecht und die allgemeinen Rechtsgrundsätze) sind Bestandteil des in der Union geltenden Rechts<sup>29</sup>. Mit dieser Aussage sind aber bei weitem noch nicht alle Fragen geklärt: Im einzelnen geht es insbesondere um die genaue Einordnung dieses so in der Union geltenden Rechts in die Normenhierarchie und die Frage des Zugangs zum EuGH. Der EuGH hatte nun in zwei neueren Entscheidungen Gelegenheit, hier einige Aspekte zu präzisieren<sup>30</sup>: In der Rs. C-53/96<sup>31</sup> ging es im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens<sup>32</sup> u.a. um die Zulässigkeit einer Vorlagefrage betreffend die Auslegung von Art. 50 Abs. 6 des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen), eine Bestimmung, die zumindest auch die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten berührt (es geht um die Befugnis der gerichtlichen Anordnung einstweiliger Maßnahmen). Interessant ist dieser Themenkreis insbesondere deshalb, weil der Umfang der Kompetenz des EuGH zur Auslegung von Bestimmungen gemischter Abkommen umstritten ist<sup>33</sup>. Der EuGH bejahte im Ergebnis die Zulässigkeit der Vorlagefrage, dies obwohl im Gutachten 1/94<sup>34</sup> ausgeführt worden war, daß die Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum - ein Bereich, dem Art. 50 TRIPS zuzurechnen ist - im wesentlichen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten falle. Der EuGH betonte, daß das TRIPS (auch) die Gemeinschaftsmarke betreffe und die in Art. 99 der VO 40/94<sup>35</sup> genannten nationalen Gerichte daher verpflichtet seien, Wortlaut und Zweck des Art. 50 TRIPS im Falle der Anordnung einstweiliger Maßnahmen zum Schutz von Rechten aus der Gemeinschaftsmarke zu berücksichtigen, so daß sich die Frage, welche Verpflichtungen die Gemeinschaft durch den

<sup>28</sup> S. nur EuGH, Rs. 104/81, Urteil vom 26.10.1982, *Hauptzollamt Mainz/Kupferberg*, Slg. 1982, 3641. S. aus dem Berichtszeitraum in bezug auf das Kooperationsabkommen EWG - Marokko EuGH, Rs. C-416/96, Urteil vom 2.3.1999, *Nour Eddline El-Yassini/Secretary of State for the Home Department*, noch nicht veröffentlicht; s. im übrigen auch EuGH, Rs. C-262/96, Urteil vom 4.5.1999, *Sema Sueruel/Bundesanstalt für Arbeit*, noch nicht veröffentlicht, in dem der Gerichtshof seine Rechtsprechung in bezug auf die Wirkung und Auslegung des Assoziierungsabkommens EWG-Türkei bestätigt und weiterführt.

<sup>29</sup> EuGH, Rs. C-286/90, Urteil vom 24.11.1992, *Anklagemyndigheden/Peter Michael Poulsen*, Slg. 1992, I-6019.

<sup>30</sup> Vgl. im einzelnen hierzu auch *Astrid Epiney*, Zur Stellung des Völkerrechts in der EU, EuZW 1999, 5 ff.

<sup>31</sup> EuGH, Rs. C-53/96, Urteil vom 16.6.1998, *Hermès International/FHT Marketing Choice BV*, Slg. 1998, I-3603.

<sup>32</sup> Der Ausgangsrechtsstreit betraf den Vorwurf der Verletzung von Urheber- und Markenrechten durch die Inverkehrbringung nachgeahmter Hermès-Krawatten. Die Inhaberin des Hermès-Markenrechts wollte im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes der Antragsgegnerin die Verletzung ihrer Rechte untersagen lassen. Es fragte sich nun, ob hier ggf. eine "einstweilige Maßnahme" im Sinne des Art. 50 Abs. 6 TRIPS vorlag.

<sup>33</sup> Vgl. nur *Peter Gilsdorf*, Die Außenkompetenzen der EG im Wandel, EuR 1996, 145 (160 ff.).

<sup>34</sup> EuGH, Gutachten 1/94, Slg. 1994, I-5267 (WTO-Gutachten).

<sup>35</sup> VO des Rates vom 20. 12. 1993 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. 1994 L 11, 1.

Abschluß des TRIPS eingegangen ist, erübrige. Damit ginge es um eine Frage der Auslegung des Gemeinschaftsrechts, woran auch die Tatsache, daß der Ausgangsrechtsstreit die internationale Eintragung von Marken betreffe, nichts zu ändern vermöge. Denn zum einen sei das nationale Gericht zur Beurteilung der Erforderlichkeit einer Vorabentscheidung zuständig, und zum anderen bestünde jedenfalls ein Interesse daran, daß eine auf gemeinschaftsrechtliche und innerstaatliche Sachverhalte anwendbare Regel einheitlich ausgelegt wird.

Die Rs. C-162/96<sup>36</sup> betraf die Frage der Anwendung der "clausula rebus sic stantibus"<sup>37</sup>: Der Rat der EU hatte durch die VO 3300/91<sup>38</sup> beschlossen, die im Kooperationsabkommen zwischen der EWG und Jugoslawien vorgesehenen Handelszugeständnisse<sup>39</sup> auszusetzen. Der EuGH hatte nun im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens insbesondere darüber zu befinden, ob die VO 3300/91 gültig ist. Der Gerichtshof hielt zunächst in bezug auf seine eigene Zuständigkeit fest, daß es zwar um die Frage der Vereinbarkeit der Verordnung mit einer Regel des Völkergewohnheitsrechts ginge, seine Kompetenz zur Prüfung von Ungültigkeitsgründen sekundärrechtlicher Regelungen jedoch nicht beschränkt sei. Zu erwähnen ist weiter, daß der EuGH im Vorfeld der Erörterung eines (möglichen) Verstoßes der VO 3300/91 gegen die Voraussetzungen der clausula rebus sic stantibus die Frage der unmittelbaren Wirksamkeit der einschlägigen Bestimmung des Kooperationsabkommens prüfte (und bejahte), die er offenbar als Voraussetzung für die Erheblichkeit der Vorlagefrage ansieht. Bei der Beantwortung der Vorlagefragen hielt der EuGH fest, daß eine Verordnung auch am Maßstab völkergewohnheitsrechtlicher Regeln gemessen werden könne, so daß ein Verstoß der Verordnung gegen diese Regeln zu ihrer Nichtigkeit führe. Schließlich betonte der Gerichtshof, daß die Regeln des Völkergewohnheitsrechts Bestandteil der Rechtsordnung der Gemeinschaft seien und der Gemeinschaftsgesetzgeber sie beim Erlass von Sekundärrecht zu beachten habe<sup>40</sup>. Zu bedauern ist bei diesem Urteil, daß der EuGH seine Ansicht, wonach die Prüfung der Gültigkeit eines sekundärrechtlichen Aktes am Maßstab des Völkerrechts nur unter der Voraussetzung der unmittelbaren Wirkung der entsprechenden völkervertragsrechtlichen Bestimmungen in Frage komme, aufrechterhält. Zu überzeugen vermag dieser Ansatz nämlich nicht: Die Frage der Vereinbarkeit eines Sekundärrechtsakts mit den Vorgaben des Völkerrechts ist konzeptionell von derjenigen nach der unmittelbaren Wirksamkeit der jeweiligen Bestimmung zu trennen; die objektiven Verfahren der Art. 230, 234 EGV (Art. 173, 177 EGV a.F.) lassen es im übrigen grundsätzlich nicht zu, daß auf eine individuelle Betroffenheit abgestellt wird.

<sup>36</sup> EuGH, Urteil vom 16.6.1998, Rs. C-162/96, *Racke/Hauptzollamt Mainz*, Slg. 1998, I-3655.

<sup>37</sup> Vgl. Art. 62 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge. Dieser Grundsatz dürfte heute völkergewohnheitsrechtlich verankert sein, vgl. nur IGH, Urteil vom 2.2.1973, *Vereinigtes Königreich/Island* (Fischereistreit), ICJ Rep. 1973, 3, Ziff. 36.

<sup>38</sup> ABl. 1991 L 315, 1.

<sup>39</sup> Die in Verbindung mit einem Zusatzprotokoll für bestimmte Waren insbesondere geringere Zölle vorsehen.

<sup>40</sup> Im Ergebnis wurde dann aber ein Verstoß gegen die Voraussetzungen der clausula rebus sic stantibus verneint.

## II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot

Art. 12 EGV (Art. 6 EGV a.F.) verbietet ganz allgemein Diskriminierungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit<sup>41</sup>, dies allerdings nur "im Anwendungsbereich des Vertrages". Was nun genau in den Anwendungsbereich des Vertrages fällt, ist kaum allgemein-abstrakt zu bestimmen. Von besonderer Bedeutung sind jedenfalls die Beziehung zu der Ausübung von Grundrechten und der Stand des Gemeinschaftsrechts.

In der Rs. C-274/96<sup>42</sup> war denn auch genau die Betroffenheit des Anwendungsbereichs des Vertrages streitig: In Südtirol haben - zum Schutz der dort ansässigen deutschen Minderheit - die deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürger der Provinz Bozen das Recht, im Verkehr mit den Gerichten und der öffentlichen Verwaltung in der Provinz ihre Sprache zu gebrauchen. Die beiden Angeklagten (deutscher Muttersprache) im Ausgangsstrafverfahren machten sich verschiedener Delikte schuldig und beantragten nun - da sie der italienischen Sprache nicht mächtig waren -, daß das Gerichtsverfahren gegen sie in deutscher Sprache durchzuführen sei, obwohl sie nicht der durch die einschlägige Sprachregelung geschützten Gruppe (der deutschsprachigen, in der Provinz Bozen ansässigen Minderheit) angehörten. Der EuGH bejahte im Grundsatz, daß der Anspruch auf Durchführung eines Strafverfahrens in einer anderen als der Hauptsprache des betreffenden Staates in den Anwendungsbereich des Vertrages fiele. Zur Begründung verwies er auf die enge Verbindung mit der in Art. 49 EGV (Art. 59 EGV a.F.) gewährleisteten Freiheit des Dienstleistungsverkehrs: Diese impliziere, sich in das Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates zu begeben und dort Leistungen in Empfang zu nehmen. Zudem gewähre auch Art. 18 EGV (Art. 8a EGV a.F.) den Unionsbürgern das Recht, sich im Hoheitsgebiet der anderen Mitgliedstaaten aufzuhalten. Die Möglichkeit aber, mit den Behörden eines Mitgliedstaates in einer bestimmten Sprache zu kommunizieren, könne die Ausübung dieser Freiheiten erleichtern. Die Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit könne auch nicht gerechtfertigt werden, da das damit angestrebte Ziel - der Schutz der deutschsprachigen Minderheit - durch die Erstreckung der Sprachenregelung auf Angehörige anderer Mitgliedstaaten nicht in Mitleidenschaft gezogen würde. Letztlich impliziert dieses Urteil, daß die Eigenschaft als Unionsbürger diese vor Diskriminierungen in anderen Mitgliedstaaten schützt. Damit wird die Bedeutung der wirtschaftlichen Tätigkeit als Anknüpfungspunkt zum Anwendungsbereich des EG-Vertrages relativiert, wie es im übrigen auch Sinn und Zweck des Art. 18 EGV (Art. 8a EGV a.F.) entsprechen dürfte.

Um die Reichweite des Diskriminierungsverbots des Art. 12 EGV (Art. 6 EGV a.F.) ging es

---

<sup>41</sup> Allerdings "unbeschadet besonderer Bestimmungen". Dieses Diskriminierungsverbot wird denn auch in zahlreichen anderen vertraglichen Vorschriften, insbesondere den Grundfreiheiten, präzisiert.

<sup>42</sup> EuGH, Rs. C-274/96, Urteil vom 24.11.1998, *Strafverfahren gegen Horst Otto Bickel und Ulrich Franz*, EuZW 1999, 83.

auch in der Rs. C-85/96<sup>43</sup>: Die Klägerin des Ausgangsverfahrens, eine spanische Staatsbürgerin, war in Deutschland wohnhaft, wo sie lange Zeit als Arbeitnehmerin tätig war, dann arbeitslos geworden war und nunmehr von Sozialhilfe lebte. Sie beantragte für ihr neugeborenes Kind Erziehungsgeld; dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die Klägerin verfügte zum Zeitpunkt der Antragstellung über keine formelle Aufenthaltserlaubnis; ihr Aufenthalt war aber grundsätzlich rechtmäßig. Der EuGH stellte in Anknüpfung an seine bisherige Rechtsprechung<sup>44</sup> zunächst fest, daß eine einkommensunabhängige Leistung wie das Erziehungsgeld - dieses ist ausschließlich an das Vorliegen bestimmter objektiver Voraussetzungen geknüpft und unabhängig von der persönlichen Bedürftigkeit - in den Anwendungsbereich des Vertrages fiele, dies insbesondere im Gefolge der entsprechenden gemeinschaftlichen Sekundärgesetzgebung. Da nur Ausländer eine förmliche Aufenthaltserlaubnis benötigen, um zum Bezug des Erziehungsgeldes berechtigt zu sein, während bei Inländern der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt ausreicht, liege auch eine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit vor. Eine Rechtfertigung sei nicht ersichtlich. Im übrigen greift der EuGH auch auf Art. 18 EGV (8a EGV a.F.) (Unionsbürgerschaft) zurück: Ein Unionsbürger, der sich rechtmäßig in dem Gebiet eines anderen Mitgliedstaates aufhält, könne sich in allen vom sachlichen Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts erfaßten Fällen auf das Diskriminierungsverbot des Art. 12 EGV (Art. 6 EGV a.F.) berufen. Dieses Urteil verdeutlicht erneut, welche weitreichenden Folgen die Verwirklichung der Personenfreizügigkeit für die Leistungspflichten der Sozialversicherungsträger entfaltet. Diese Konsequenzen dürften aber insofern systemimmanent sein, als eben nicht ersichtlich ist, warum Staatsangehörige der Mitgliedstaaten, die in anderen Mitgliedstaaten leben und ggf. arbeiten, grundsätzlich anders als die Einheimischen behandelt werden sollen; wenn dies tatsächlich unüberwindbare Probleme mit sich bringen sollte - woran angesichts des geringen Ausmaßes der Mobilität der ArbeitnehmerInnen Zweifel bestehen - ist der Gemeinschaftsgesetzgeber eben gefordert<sup>45</sup>.

### III. Grundfreiheiten

#### 1. Freier Warenverkehr und Dienstleistungsfreiheit

Sowohl die Frage nach der tatbestandlichen Einschlägigkeit des Art. 28 EGV (Art. 30 EGV a.F.) als auch diejenige nach der Zulässigkeit von grundsätzlich nach Art. 28 EGV (Art. 30

<sup>43</sup> EuGH, Rs. C-85/96, Urteil vom 12.5.1998, *Maria Martinez Sala/Freistaat Bayern*, Slg. 1998, I-2691.

<sup>44</sup> Vgl. EuGH, Rs. C-2345/94, C-312/94, Urteil vom 10.10.1996, *Hoefer und Zachow*, Slg. 1996, I-4895.

<sup>45</sup> Vgl. in bezug auf die auf der Grundlage der VO 1408/71 zu lösende Frage des Fortbestehens des Leistungsanspruchs auf (schwedisches) Erziehungsgeld nach einem Umzug in einen anderen Mitgliedstaat EuGH, Rs. C-275/96, Urteil vom 11.6.1998, *Anna Kuusijärvi/Riksförsäkringsverket*, Slg. 1998, I-3419.

EGV a.F.) verbotenen einfuhrbeschränkenden nationalen Maßnahmen stellt sich immer wieder; insbesondere die Problematik einer Rechtfertigung kann letztlich erst unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls gelöst werden. Auch die jüngste Rechtsprechung enthält hierzu einige Beispiele<sup>46</sup>:

Die Rs. C-184/96<sup>47</sup> betraf insbesondere die den Mitgliedstaaten obliegende Verpflichtung zur Berücksichtigung gleichwertiger Prüfungen bzw. Anforderungen in anderen Mitgliedstaaten im Rahmen der Zulassung von Produkten: Konkret ging es um die Gemeinschaftsrechtskonformität eines französischen Dekrets, das für Stopfleberzubereitungen eine Reihe von Anforderungen aufstellte. Produkte - auch wenn sie in anderen Mitgliedstaaten rechtmäßig in Verkehr gebracht worden waren -, die diesen Vorgaben nicht entsprachen, durften nicht unter der im Dekret vorgesehenen Bezeichnung vertrieben werden. Der EuGH stellte zunächst fest, daß diese Maßnahme unter den Tatbestand des Art. 28 EGV (Art. 30 EGV a.F.) falle, also als Maßnahme gleicher Wirkung wie eine Einfuhrbeschränkung anzusehen sei, wobei es unerheblich sei, ob schon eine Behinderung des innergemeinschaftlichen Handels eingetreten ist oder nicht. Ausreichend sei vielmehr eine diesbezügliche potentielle Eignung der Maßnahme. Das französische Vertriebsverbot könne im übrigen auch nicht gerechtfertigt werden; die von Frankreich geltend gemachte Gefahr der Betrugerei überzeuge nicht, bräuchte es hierfür doch schon erhebliche Abweichungen. Das Urteil impliziert letztlich eine Pflicht der Mitgliedstaaten zur Anerkennung gleichwertiger ausländischer Produkthanforderungen, eine logische Konsequenz der "Cassis-de-Dijon"-Rechtsprechung. Im übrigen kann aus dem alleinigen Abstellen auf die potentiell handelsbeschränkende Wirkung geschlossen werden, daß jedenfalls ein irgendwie geartetes Erfordernis der "Spürbarkeit" einer Handelsbeeinträchtigung - was immer dies auch sein mag - keine Rolle spielen kann.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem im Zusammenhang mit Art. 29 EGV (Art. 34 EGV a.F.) ergangenen Urteil in der Rs. C-412/97<sup>48</sup>. Hier ging es darum, unter welchen Voraussetzungen angenommen werden kann, daß der Handel zwischen den Mitgliedstaaten behindert wird, mithin eine (spezifische) Beschränkung der Ausfuhrströme<sup>49</sup> vorliegt. Der

---

<sup>46</sup> S. darüber hinaus aus dem Bereich des freien Warenverkehrs EuGH, Rs. C-39/97, Urteil vom 29.9.1998, *Canon Kabushiki Kaisha/Metro-Goldwyn-Mayer Inc.*, EuZW 1998, 700 (Verbot der Vermietung von Filmwerken); EuGH, Rs. C-355/96, Urteil vom 16.7.1998, *Silhouette International Schmied GmbH & Co. KG/Hartlauer Handelsgesellschaft mbH*, EuZW 1998, 563 (Erschöpfung des Markenrechts auf der Grundlage des einschlägigen Sekundärrechts); EuGH, Rs. C-17/96, Urteil vom 17.7.1997, *Badische Erfrischungs-Getränke GmbH/Land Baden-Württemberg*, EuZW 1998, 639 (Unzulässigkeit der Notwendigkeit gesundheitspolizeilicher Eigenschaften für die Anerkennung von Wasser als natürliches Mineralwasser); EuGH, Rs. C-87/97, Urteil vom 4.3.1999, *Consorzio per la tutela del formaggio Gorgonzola/Käserei Champignon Hofmeister u.a.*, EuZW 1999, 284 (Verwechslungsgefahr in Bezug auf die Bezeichnungen "Cambozola" und "Gorgonzola"); EuGH, Rs. C-109/98, Urteil vom 22.4.1999, *CRT France International SA/Directeur régional des impôts de Bourgogne*, noch nicht veröffentlicht (Abgabe auf die Lieferung von CB-Funkgeräten).

<sup>47</sup> EuGH, Rs. C-184/96, *Kommission/Frankreich*, Urteil vom 22.10.1998, noch nicht veröffentlicht.

<sup>48</sup> EuGH, Rs. C-412/97, Urteil vom 22.6.1999, *EDSrl/Italo Fenocchio*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>49</sup> Vgl. zu diesem Erfordernis EuGH, Rs. 15/79, *Groenveld/Produktschapp voor Vee en Vlees*, Slg. 1979, 3409, Rn. 7; EuGH, Rs. 155/80, *Bußgeldverfahren gegen Oebel*, Slg. 1981, 1993, Rn. 15.



Gerichtshofs verneinte das Vorliegen dieser Voraussetzungen in bezug auf eine nationale Verfahrensvorschrift, die die Zustellung eines Mahnbescheides - der die Grundlage für ein vereinfachtes Betreibungsverfahren bilden kann - im Ausland verbietet, dies mit der Begründung, der Umstand, daß aus genau diesem Grund weniger Waren an Kunden im Ausland verkauft werden würden, sei zu ungewiß und mittelbar; daher sei die fragliche nationale Bestimmung nicht geeignet, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu behindern. Auch wenn die diesbezüglichen Erwägungen des EuGH nicht ganz eindeutig formuliert sind, dürfte dieses Urteil nicht im Sinne der Notwendigkeit eines irgendwie gearteten "Spürbarkeitserfordernisses" als Tatbestandsvoraussetzung für die Einschlägigkeit des Art. 29 EGV (Art. 34 EGV a.F.) auszulegen sein; ein solches ist auch vor dem Hintergrund seiner Unbestimmtheit sehr problematisch. Vielmehr dürfte dem Urteil nur - aber immerhin - zu entnehmen sein, daß konkrete Anhaltspunkte für eine mögliche Behinderung des Handels vorliegen müssen. Dieses Erfordernis kann im übrigen auch - im Sinne der "Dassonville-Formel" - durch potentielle Beeinträchtigungen erfüllt sein, so daß das Urteil des EuGH wohl nicht dahingehend ausgelegt werden kann, in Zukunft seien die Handelsbeeinträchtigungen zu beweisen.

Eine nationale Zulassungsregelung - eine belgische Vorschrift sah vor, daß ein Biozid-Produkt nur nach der Zulassung durch die zuständige Behörde in Verkehr gebracht werden darf - war Gegenstand der Rs. C-400/96<sup>50</sup>. Der EuGH rief hier seine Rechtsprechung in bezug auf die an solche Regelungen zu stellenden Anforderungen in Erinnerung: Zwar fielen derartige Genehmigungsvoraussetzungen unter den Tatbestand des Art. 28 EGV (Art. 30 EGV a.F.), seien sie doch als Maßnahmen gleicher Wirkung wie Einfuhrbeschränkungen anzusehen. Sie könnten aber grundsätzlich durch Art. 30 EGV (Art. 36 EGV a.F.) gerechtfertigt werden, auch wenn das entsprechende Produkt bereits in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen ist, wobei allerdings nicht unnötigerweise technische oder chemische Analysen oder Laborversuche verlangt werden dürften. Unnötig seien solche Analysen oder Versuche insbesondere dann, wenn sie schon im Herkunftsstaat durchgeführt worden waren und den zuständigen Behörden zugänglich sind.

Die Rs. C-120/95<sup>51</sup> und C-158/96<sup>52</sup> werfen im wesentlichen parallel gelagerte Fragestellungen auf: Im ersten Fall - der den freien Warenverkehr betraf - ging es um eine luxemburgische Regelung, die vorsah, daß der Erwerb einer Brille außerhalb Luxemburgs der vorherigen Genehmigung der Krankenkasse bedarf, sollen die Kosten durch diese übernommen werden. Der Kläger des luxemburgischen Ausgangsverfahrens hatte eine Brille in Belgien erworben, worauf die Krankenkasse ihm die Kostenerstattung mit der Begründung verweigerte, die notwendige vorherige Genehmigung sei nicht eingeholt worden. Der EuGH betonte zunächst,

---

<sup>50</sup> EuGH, Rs. C-400/96, Urteil vom 17.9.1998, *Strafverfahren gegen Jean Harpegnies*, Slg. 1998, I-5121.

<sup>51</sup> EuGH, Rs. C-120/95, Urteil vom 28.4.1998, *Nicolas Decker/Caisse de maladie des employés privés*, Slg. 1998, I-1831.

<sup>52</sup> EuGH, Rs. C-158/96, Urteil vom 28.4.1998, *Raymond Kohll/Union des caisses de maladie*, Slg. 1998, I-1931.

daß es sich bei Brillen um bewegliche Sachen handle, so daß die Bestimmungen über den freien Warenverkehr anwendbar seien; hieran ändere auch der Umstand nichts, daß die fragliche Regelung dem Bereich der sozialen Sicherheit zuzuordnen ist, ein Gebiet, für das - mangels einschlägiger gemeinschaftlicher Regelungen - die Mitgliedstaaten grundsätzlich zuständig sind. Die luxemburgische Regelung stelle ein Hindernis für den freien Warenverkehr dar, führe sie doch dazu, daß die luxemburgischen Versicherten ihre Brillen eher in Luxemburg erwerben, so daß die Einfuhr von in anderen Mitgliedstaaten angepaßten Brillen gehemmt werde. Eine derartige Beschränkung könne auch nicht durch Erwägungen des finanziellen Gleichgewichts der Systeme der sozialen Sicherheit gerechtfertigt werden, gehe es doch (auch) um Pauschalersatzungen. Ebenso wenig greife der Gesundheitsschutz, da auf der Grundlage des einschlägigen gemeinschaftlichen Sekundärrechts gewährleistet sei, daß in anderen Mitgliedstaaten ebenso qualifizierte Optiker am Werk seien wie in Luxemburg. In der Rs. C-158/96 ging es um die parallele luxemburgische Regelung betreffend die Genehmigungspflicht für eine zahnärztliche Behandlung außerhalb Luxemburgs. Der Gerichtshof wandte hier Art. 49 EGV (Art. 59 EGV a.F.) an und kam aufgrund von im wesentlichen parallel gelagerten Erwägungen zum selben Ergebnis, d.h. zur Unzulässigkeit einer derartigen vorherigen Genehmigungspflicht als Voraussetzung für die Kostenerstattung von Zahnbehandlungen<sup>53</sup>.

## 2. Freizügigkeit

Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) gewährt den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen das Recht, sich in andere Mitgliedstaaten zu begeben und dort einer unselbständigen Tätigkeit nachzugehen sowie die damit verbundenen Begleitrechte. Aber auch der Arbeitgeber kann sich grundsätzlich auf diese Bestimmung berufen, wie der Gerichtshof in der Rs. C-350/96<sup>54</sup> klargestellt hat: Hier ging es um eine österreichische Regelung, die vorsah, daß der Geschäftsführer einer in Österreich tätigen Gesellschaft auch seinen Wohnsitz in Österreich haben mußte. Die potentielle Arbeitgeberin wollte nun einen in Berlin wohnhaften deutschen Staatsangehörigen als Geschäftsführer in Österreich anstellen, woraufhin ihr wegen des Verstoßes gegen die besagte Bestimmung die Gewerbezulassung verweigert wurde. Der EuGH stellte zunächst fest, daß auch die Arbeitgeberin sich auf Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) berufen könne, könne doch nur durch diese Auslegung das Recht der Arbeitnehmer, bei der Einstellung und Beschäftigung nicht diskriminiert zu werden, seine volle Wirkung

<sup>53</sup> S. darüber hinaus noch EuGH, Rs. C-118/96, Urteil vom 28.4.1998, *Jessica Safir/Skattemyndigheten i Dalarnas län*, Slg. 1998, I-1897 (Vereinbarkeit einer schwedischen Regelung über die Besteuerung von Kapitallebensversicherungen mit den Vorgaben des Art. 59 EGV); ebenfalls in bezug auf die Dienstleistungsfreiheit EuGH, Rs. C-410/96, Urteil vom 1.12.1998, *Strafverfahren gegen André Ambry*, noch nicht veröffentlicht (Stellung einer finanziellen Sicherheit durch ein Reisebüro).

<sup>54</sup> EuGH, Rs. C-350/96, Urteil vom 7.5.1998, *Clean Car Autoservice Ges.m.b.H./Landeshauptmann von Wien*, Slg. 1998, I-2521.

entfalten. Die österreichische Regelung falle auch unter den Tatbestand des Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.), handle es sich doch um eine materielle Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Diese könne auch nicht gerechtfertigt werden: Der Einwand Österreichs, nur auf diese Weise könnte die ordentliche Zustellung von Strafen gegen den Geschäftsführer gewährleistet werden, sei zur Erreichung des verfolgten Zweckes nicht notwendig, könne doch das angestrebte Ziel durch andere Mittel, etwa die Zustellung an den Geschäftssitz, erreicht werden. Ebenso wenig überzeuge die Erwägung, das Wohnsitzerfordernis gewährleiste, daß sich der Geschäftsführer in angemessener Weise im Betrieb betätigt: Hier fehle es schon an der Geeignetheit, denn wenn der Geschäftsführer zwar in dem jeweiligen Mitgliedstaat ansässig ist, aber in einer großen Entfernung vom Arbeitsort, sei die Möglichkeit der Betätigung im Geschäft ebenfalls nicht gewährleistet.

Eine Klarstellung hinsichtlich der möglichen Rechtfertigungsgründe im Falle einer Beeinträchtigung der Grundfreiheit des Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) ist der Rs. C-18/95<sup>55</sup> zu entnehmen. Zur Debatte stand eine Regelung, die im Falle der Wohnsitzverlegung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmers in einen anderen Mitgliedstaat höhere Sozialversicherungsbeiträge vorsah, ohne daß hiermit zusätzliche Leistungen verbunden waren<sup>56</sup>. Diese Regelung beeinträchtige das sich aus Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) ergebende Recht auf Freizügigkeit; sie könne auf keinen Fall durch Erwägungen der Vereinfachung der Erhebung der Beiträge oder durch technische Schwierigkeiten im Falle eines anderen, differenzierten Vorgehens gerechtfertigt werden. Dies bedeutet letztlich eine Einschränkung der Gründe des öffentlichen Interesses, die eine Durchbrechung der Grundfreiheiten rechtfertigen können.

Grundfragen der Freizügigkeit und der Rechtfertigung von Einschränkungen dieser Garantie werden auch in der Rs. C-348/96<sup>57</sup> angesprochen: Frau Calfa war wegen des Besitzes und Verbrauchs von Betäubungsmitteln in Griechenland verurteilt und auf Lebenszeit des Landes verwiesen worden. Die einschlägigen nationalen Vorschriften sahen im Falle des Vorliegens solcher Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, die Frau Calfa zur Last gelegt worden waren, zwingend einen Landesverweis auf Lebenszeit vor. Der EuGH hielt fest, daß es den Mitgliedstaaten zwar möglich sei, aus Gründen der öffentlichen Ordnung die Freizügigkeit einzuschränken, wie sich auch und gerade aus der RL 64/221<sup>58</sup> ergebe. Allerdings dürften hier allein persönliche Gründe bzw. ein persönliches Verhalten ausschlaggebend sein; gerade dieses müsse eine effektive Gefährdung der öffentlichen Ordnung und/oder Sicherheit erkennen lassen. Daher verstoße es gegen Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) i.V.m. RL 64/221,

---

<sup>55</sup> EuGH, Rs. C-18/95, Urteil vom 26.1.1999, *Terhoeve/Inspecteur van de Belastingdienst Particulieren*, EuZW 1999, 380.

<sup>56</sup> Bestätigt hat der Gerichtshof in diesem Zusammenhang seine Rechtsprechung, daß sich ein Arbeitnehmer auch gegen seinen "eigenen" Mitgliedstaat auf Art. 48 EGV berufen könne, wenn er von seiner Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch gemacht hat.

<sup>57</sup> EuGH, Rs. C-348/96, Urteil vom 19.1.1999, *Strafverfahren gegen Donatella Calfa*, EuZW 1999, 345.

<sup>58</sup> RL 64/221 zur Koordinierung der Sondervorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind, ABl. 1964, Nr. 56, 850.

eine Person allein wegen einer bestimmten Straftat auf Lebenszeit auszuweisen, ohne daß auf das persönliche Verhalten abgestellt werde<sup>59</sup>.

### 3. Niederlassungsfreiheit

In der Rechtssache C-212/97<sup>60</sup> werden die Konsequenzen der Gewährung der Niederlassungsfreiheit für den Anwendungsbereich nationaler Anforderungen auf in einem Mitgliedstaat tätige Gesellschaften (erneut) illustriert<sup>61</sup>: Eine in Großbritannien gegründete Gesellschaft wollte in Dänemark eine Zweigniederlassung gründen. Dies wurde ihr von den zuständigen nationalen Behörden mit der Begründung verweigert, sie habe in Großbritannien keinerlei Geschäftstätigkeit entfaltet, so daß die dänische Niederlassung letztlich de facto ein Hauptsitz sei; das dänische Recht sehe aber bei der Begründung eines Hauptsitzes die Einzahlung eines Mindestgesellschaftskapitals vor, das nicht entrichtet worden sei. Der EuGH hatte sich nun mit der Frage zu befassen, ob diese Weigerung der Eintragung als Zweigniederlassung mit den Vorgaben des Art. 43 EGV (Art. 52 EGV a.F.) in Einklang steht. Von Bedeutung war dabei vor allem der Aspekt, daß die Gesellschaft offensichtlich die Einzahlung des in Dänemark geforderten Mindestkapitals verhindern wollte und damit die dänischen Vorschriften umgehen wollte, so daß die Berufung auf die Grundfreiheit letztlich einen Mißbrauch darstellen könnte. Der Gerichtshof verneinte jedoch das Vorliegen eines rechtlich erheblichen Mißbrauchs mit der Begründung, es sei gerade das Ziel des Art. 43 EGV (Art. 52 EGV a.F.), den Gesellschaften zu ermöglichen, in anderen Mitgliedstaaten Zweigniederlassungen zu gründen. Dann aber könne es kein Mißbrauch sein, die sich hieraus ergebenden Handlungsspielräume - d.h. die Gründung der Hauptniederlassung in dem

<sup>59</sup> S. darüber hinaus noch EuGH, Rs. C-336/96, Urteil vom 12.5.1998, *Eheleute Gilly/Directeur des services fiscaux du Bas-Rhin*, Slg. 1998, I-2793, in dem es um Differenzierungskriterien bei Doppelbesteuerungsabkommen und ihre Vereinbarkeit mit Art. 39 EGV (Art. 48 EGV a.F.) ging; in EuGH, Rs. C-24/97, Urteil vom 30.4.1998, *Kommission/Deutschland*, Slg. 1998, I-2133, stellte der EuGH fest, daß eine gestaffelte Geldbuße im Falle des Verstoßes gegen die Ausweisungspflicht bei Deutschen einerseits und Ausländern andererseits gegen Art. 39, 43, 49 EGV (Art. 48, 52, 59 EGV a.F.) verstoße. In EuGH, Rs. C-114/97, Urteil vom 29.10.1998, *Kommission/Spanien*, EuZW 1999, S. 125, stellte der Gerichtshof die Unvereinbarkeit einer spanischen Regelung über Staatsangehörigkeits- und Wohnsitzerfordernisse für die Ausübung von Tätigkeiten privater Sicherheitsdienste mit Art. 48, 52, 59 EGV fest. S. auch EuGH, Rs. C-185/96, Urteil vom 29.10.1998, *Kommission/Griechenland*, noch nicht veröffentlicht (Diskriminierung bei den Leistungen für kinderreiche Familien); EuGH, Rs. C-35/97, Urteil vom 24.9.1998, *Kommission/Frankreich*, Slg. 1998, I-5325 (Diskriminierung von Grenzgängern).

<sup>60</sup> EuGH, Rs. C-212/97, Urteil vom 9.3.1999, *Centros Ltd/Erhvervs- og Selskabsstyrelsen*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>61</sup> Im Bereich der Niederlassungsfreiheit ist noch auf EuGH, Rs. C-264/96, Urteil vom 16.7.1998, *Imperial Chemical Industries/Kenneth Hall Colmer (Inspector of Taxes)*, EuZW 1999, 20, hinzuweisen: Art. 43 EGV (Art. 52 EGV a.F.) stehe mitgliedstaatlichen Bestimmungen entgegen, die gewisse Steuerabzüge für eine Holding davon abhängig machen, daß die Tochtergesellschaften ihren Sitz mehrheitlich in dem betreffenden Staat haben. S. auch EuGH, Rs. C-311/97, Urteil vom 29.4.1999, *Royal Bank of Scotland/Elliniko Dimosio*, noch nicht veröffentlicht, in bezug auf eine diskriminierend ausgestaltete Unternehmenssteuer, EuGH, Rs. C-302/97, Urteil vom 1.6.1999, *Klaus Konle/Republik Österreich*, noch nicht veröffentlicht (Genehmigungsverfahren für den Erwerb von Grundstücken, Beitrittsakte Österreichs).

Mitgliedstaat mit den günstigsten Bedingungen - auszunützen. Allerdings könne die Weigerung der Eintragung durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt werden; die konkrete dänische Regelung scheiterte jedoch an der Verhältnismäßigkeit. Anzumerken bleibt in der Sache, daß es schon grundsätzlich zweifelhaft ist, ob man sich tatsächlich in "mißbräuchlicher" Weise auf Grundfreiheiten berufen kann: Wird nämlich ein individuelles Recht eingeräumt und sind dessen Voraussetzungen gegeben, ist nicht ersichtlich, warum dann seine Ausübung mißbräuchlich sein soll, ganz abgesehen von der Schwierigkeit zu definieren, unter welchen Voraussetzungen denn nun ein "Mißbrauch" vorliegt. Sinnvoll erscheint es daher, einen solchen nur dann anzunehmen, wenn über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Ausübung der Grundfreiheit getäuscht wurde; dann aber geht es weniger um einen "Mißbrauch" als um den nicht erfüllten Tatbestand des Freiheitsrechts.

In der Rs. C-255/97<sup>62</sup> stand die Vereinbarkeit einer nationalen Regelung, die wegen einer Verwechslungsgefahr die Verwendung einer Geschäftsbezeichnung als besondere Unternehmensbezeichnung verbietet, mit Art. 43 EGV (Art. 52 EGV a.F.) zur Debatte. Der EuGH stellte zunächst fest, dass derartige Regelungen in den Anwendungsbereich des Art. 43 EGV fielen, da sie letztlich die Geschäftseröffnung in einem Mitgliedstaat unter einer bestimmten Bezeichnung verböten. Allerdings sei das in Frage stehende Verbot durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt, da es letztlich dem Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums diene; auch der notwendige spezifische Gegenstand dieses Rechts - nämlich der Schutz des Inhabers gegen Verwechslungsgefahr - sowie die Verhältnismäßigkeit seien gegeben. Das Urteil stellt im Ergebnis einen weiteren Schritt hin zur ausdrücklichen Anerkennung auch der Personenverkehrsfreiheiten als Beschränkungsverbote dar<sup>63</sup>: Bei der im konkreten Fall streitigen Vorschrift handelte es sich nämlich um eine nicht diskriminierende Bestimmung, und der Gerichtshof betonte im übrigen ausdrücklich, daß auch eine "nicht diskriminierende Anwendung" nationaler Bestimmungen grundsätzlich vom Verbot des Art. 43 EGV (Art. 52 EGV a.F.) erfaßt werde.

---

<sup>62</sup> EuGH, Rs. C-255/97, Urteil vom 11.5.1999, *Pfeiffer Großhandel/Loewa Warenhandel*, noch nicht veröffentlicht.

<sup>63</sup> Zur Problematik m.w.N. *Astrid Epiney*, Umgekehrte Diskriminierungen, 1995, 47 ff.